

**Antrag 26/II/2022****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Mindestlohn konsequent umsetzen!**

1 Die Erhöhung des bundesweiten Mindestlohns auf 12 €  
2 und des Berliner Landesmindestlohns auf 13 € ist eine be-  
3 deutende Errungenschaft für Arbeitnehmer\*innen im Jahr  
4 2022. Jetzt gilt es sicherzustellen, dass der erhöhte Min-  
5 destlohn auch bei allen ankommt.  
6  
7 Seit der Einführung des allgemeinen Mindestlohns 2015  
8 finden Arbeitgeber\*innen diverse Wege, um den Mindest-  
9 lohn nicht zu bezahlen. Davon sind deutschlandweit bis zu  
10 3 Mio. Arbeitnehmer\*innen jährlich betroffen. Überdurch-  
11 schnittlich häufig betroffen sind Frauen, Minijobber\*in-  
12 nen, Beschäftigte unter 24 Jahren, im Rentenalter, mit ge-  
13 ringer Schulbildung oder aus dem Ausland sowie Men-  
14 schen in Ostdeutschland (im Vergleich zu Westdeutsch-  
15 land). Besonders oft kommen Mindestlohnverletzungen  
16 dabei im Hotel- und Gaststättengewerbe, Baugewerbe,  
17 der Transport- und Logistikbranche sowie der Gebäuderei-  
18 nigungsbranche vor.  
19  
20 Arbeitgeber\*innen nutzen verschiedene, meist den be-  
21 troffenen Arbeitnehmer\*innen unbekannt, Strategien  
22 zur Umgehung des Mindestlohns, die bislang schwierig zu  
23 ahnden sind. Beispielsweise zwingen sie ihre Arbeitneh-  
24 mer\*innen in (unbezahlte) Überstunden, weil der Arbeits-  
25 umfang ohne diese nicht machbar wäre oder es wird ei-  
26 ne Art Pauschale ausgemacht, in der jedoch die Zeit für  
27 An- und Abreisen oder Vorbereitungen nicht inbegriffen  
28 ist und demnach nicht bezahlt wird. Bei Minijobs wird der  
29 Mindestlohnanspruch in vielen Fällen auch dadurch un-  
30 terlaufen, dass Beschäftigte für Urlaubs-, Krankheits- und  
31 Feiertage keinen Lohn erhalten - obwohl er ihnen zustün-  
32 de.  
33  
34 Missbräuche werden aus verschiedenen Gründen nicht  
35 geahndet: Häufig wird ein bestehendes Abhängigkeits-  
36 verhältnis zwischen Arbeitnehmer\*in und Arbeitgeber\*in  
37 oder die Unwissenheit der betroffenen Beschäftigten aus-  
38 genutzt. In diesen Fällen kommt es meist nicht zu einer  
39 Meldung des Verstoßes durch die Arbeitnehmer\*innen.  
40 Hier fehlt es an hinreichender Aufklärung für Beschäftig-  
41 te über ihre Rechte sowie zugänglichen Meldestellen für  
42 Missbrauchsfälle. Darüber hinaus leidet die für die Kon-  
43 trolle der Einhaltung zuständige Finanzkontrolle Schwarz-  
44 arbeit der Zollverwaltung unter massivem Personalman-  
45 gel, sodass die Einhaltung des Mindestlohns nicht aus-  
46 reichend und flächendeckend überprüft werden kann. Ei-  
47 nen weiteren Grund stellt die häufig intransparente und

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 24/II/2022 (Konsens)**

48 schwierig zu überprüfende Arbeitszeiterfassung in Papier-  
49 form und/oder handschriftlich dar.

50

51 Mit der Erhöhung des Mindestlohns im Jahr 2022 steigt  
52 die Missbrauchsgefahr erneut an und die Anreize, den  
53 Mindestlohn zu umgehen, nehmen zu. Auch Unterneh-  
54 men, die sich bislang an Mindestlohnregelung gehalten  
55 haben, könnten mit den nun steigenden Lohnkosten Mög-  
56 lichkeiten suchen, Mehrkosten zu vermeiden und damit  
57 die Profite zu steigern - gerade jetzt muss also stärker kon-  
58 trolliert werden.

59

60 Daher fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder  
61 des Bundestags sowie der Bundesregierung auf,

62

- 63 • zusätzliche Personalmittel für die Finanzkontrolle  
64 Schwarzarbeit der Zollverwaltung im Haushalt ein-  
65 zustellen und eine entsprechende Werbekampagne  
66 zur Besetzung dieser Stellen zu ermöglichen, um eine  
67 flächendeckende und zielführende Kontrolle der  
68 Einhaltung des Mindestlohns zu gewährleisten.
- 69 • eine digitale und manipulations sichere Zeiterfas-  
70 sungslösung durch die Bundesregierung zur Verfüg-  
71 ung zu stellen und Arbeitgeber\*innen dazu zu ver-  
72 pflichten, diese zu nutzen.
- 73 • ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das klar regelt,  
74 was zur bezahlten Arbeitszeit gehört (An- und Ab-  
75 reise, Umziehen).
- 76 • eine Mindestlohns-Informationen-Offensive durch  
77 die Bundesagentur für Arbeit und die Gewerkschaf-  
78 ten zu finanzieren.
- 79 • die Meldestelle für Verstöße gegen das Mindest-  
80 lohngesetz weiter auszubauen, sodass Arbeitneh-  
81 mer\*innen dort stärker beraten und in ihrem recht-  
82 lichen Vorgehen gegen ihre\*n Arbeitgeber\*in unter-  
83 stützt werden.
- 84 • Verstöße gegen das Einhalten des Mindestlohns  
85 noch stärker zu sanktionieren.
- 86 • Wir fordern zusätzlich die Erweiterung des Mindest-  
87 lohnes auf alle Ausbildungen, Pflichtpraktika, arbei-  
88 tende Jugendliche unter 18 und Langzeitarbeitslose.
- 89 • Der Schutz der Arbeitnehmer\*innen muss hierbei  
90 gewahrt sein und das Vorgehen gegen die Arbeit-  
91 geber\*innen darf keine negativen Konsequenzen für  
92 sie haben.